

Inhaltsverzeichnis

1. CERT	
2. Regulatorische Kooperation	
3. Daimler	
4. BASF	
5. Siemens	
6. Lobbyregister EU	
7. CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement	
8. Businesseurope	

Canada Europe Roundtable for Business

Der **Canada Europe Roundtable for Business (CERT)**

wurde 1999 im Rahmen der sich vertiefenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Kanada gegründet. Das Ziel von CERT ist die Handelsliberalisierung als vermeintliches Mittel für mehr Wohlstand für Kanada und die EU. Um das zu erreichen, formulieren die Mitglieder, bestehend aus Führungskräften multinationaler Unternehmen, Politikempfehlungen, bei denen die Ausweitung des Handels im Mittelpunkt steht.^[1]

CERT wird von Roy MacLaren, ehemaliger kanadischer Minister für internationalen Handel, und vom ehemaligen Economist Herausgeber Ben Emmott geleitet.

Canada Europe Roundtable for Business



Rechtsform

Tätigkeitsbereich

Wirtschafts-

zusammenarbeit

Gründungsdatum

1999

Hauptsitz

Toronto / Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Brüssel

Webadresse

canada-europe.org

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Mitglieder	3
1.1 Organisation	3
1.2 Mitglieder	3
2 Lobbystrategien und Einfluss	4
2.1 EU-Transparenzregister	4
2.2 Seitenwechsel	4
2.3 CERT und CETA	4
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
4 Einzelnachweise	5

Organisationsstruktur und Mitglieder

Organisation

CERT ist in Arbeitsgruppen organisiert, die jeweils von einem der Mitglieder geleitet werden und die jeweiligen Interessen vertreten. In diesen Gruppen erarbeiten die Mitglieder, zu denen fast ausschließlich Führungspersönlichkeiten global tätiger und finanzstarker Unternehmen gehören, politische Empfehlungen, die das Ziel verfolgen, Beschränkungen von Handel und Investitionen Kanadas und der EU zu beseitigen. Die Empfehlungen werden dann auf den sich jährlich treffenden Executive Roundtables verabschiedet. Anschließend werden diese bei den EU-Kanada Gipfeltreffen den Vertretern der beiden Parteien und bei regelmäßigen Treffen führender Politikern vorgelegt.^[2]

Thematische Schwerpunkte sind:

- [Regulatorische Kooperation](#), zum Beispiel durch die Beseitigung von nichttarifären Handelshemmnissen
- Handelserleichterungen durch „moderne Zolltechniken“ und eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich elektronischer Datenaustausch
- Erleichterung der Investitionsbedingungen
- Verstärkung der Arbeitsmobilität durch schnellere Anerkennung von Qualifikationen
- Verstärkung von Wettbewerb im öffentlichen Auftragswesen
- Verstärkung der Finanzdienstleistungen durch Beseitigung steuerlicher Hürden
- Schutz geistigen Eigentums, Energiesicherheit, Wissenschaft und Austausch von Technologien
- Voranbringen der Doha-Verhandlungen^[3]

Mitglieder

CERT ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die zusammen Politikempfehlungen formulieren. Von den Mitgliedern des Führungskomitees, das am Ende im direkten Dialog mit politischen Entscheidungsträgern steht, stammen ein Großteil der EU-Vertreter aus Deutschland. Zudem handelt es sich insgesamt vorwiegend um Vertreter von Industrieunternehmen:

- Jason Langrish, Geschäftsführer von CERT
- Virginia Flood, Vizepräsidentin Rio Tinto, Canada
- Gunnar Jungk, Leiter Konzernrepräsentanz Brüssel, ThyssenKrupp AG
- Brian Maloney, Leiter Regierungsangelegenheiten, AstraZeneca
- Joel Neuheimer, Leiter internationaler Handel, Forest Products Association of Canada
- Ute Deceuninck-John, Leiterin Industrie- und Handelspolitik, [DAIMLER AG](#)
- John Smillie, Geschäftsführer, Glencore
- Peter Hasfeld, Leiter Geschäfts- und Finanzdienstleistungen, [BASF](#) Canada
- Delcan Hamill, Vizepräsident und Stabschef, Rx&D
- Pierre Sein Pyun, Vizepräsident für Regierungsangelegenheiten, Bombardier Inc.
- Rocco Delvecchio, Vizepräsident für Regierungsangelegenheiten, [Siemens](#) Canada
- Malcolm McKechnie, Leitender Berater, Acciona Infrastructure
- Suzanne Peters, Leiterin Geschäftsangelegenheiten, TMX Group^[4]

Lobbystrategien und Einfluss

EU-Transparenzregister

CERT ist seit 2015 in das [EU-Transparenzregister](#) angemeldet, hat aber derzeit selber keine Personen akkreditiert, die damit Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments hätten. Nach eigenen Angaben ist eine Person mit 50% ihrer Arbeitszeit für Lobbyismus auf EU Ebene zuständig. Dem EU-Lobbyregister zufolge hat CERT für das Geschäftsjahr 2015 20.000EUR für Lobbyarbeit aufgebracht.^[5] Trotz dieser Zahlen hat CERT eine große Bedeutung und starken Einfluss, da sich die Mitglieder regelmäßig mit politischen Entscheidungsträgern während des Kanada-EU Gipfels und darüber hinaus zusammen treffen.

Obwohl kein Mitarbeiter unter der Organisation CERT eine Akkreditierung für das EU-Parlament hat, lassen sich für das Führungskomitee in der Summe der einzelnen Mitgliedsunternehmen 37 akkreditierte Personen zählen (Stand: 1/2017). Dennoch ist sicherlich das direkte Gespräch von Führungspersonlichkeiten der Einzelunternehmen mit nationalen politischen Entscheidungsträgern entscheidend für den Einfluss von CERT und damit nicht sichtbar im EU-Lobbyregister.

Seitenwechsel

Fall Roy MacLaren: MacLaren war Mitglied des kanadischen Parlaments von 1979 bis 1984 und erneut von 1988 bis 1996. Er war tätig als Finanzminister, Minister für nationale Steuern und Handelsminister. Er verließ den öffentlichen Dienst im Jahr 1996 und wurde durch seine Funktion als Direktor für Public Affairs bei Massey Ferguson Ltd zum Lobbyakteur. MacLaren kehrte 1996 zum diplomatischen Leben zurück und diente bis zum Jahr 2000 als Hochkommissar für Kanada in Großbritannien. Heute hat MacLaren eine der leitenden Funktionen bei CERT inne.^[6]

Fall Virginia Flood: Bevor Flood 2012 zur Bergbaugesellschaft Rio Tinto wechselte, arbeitete sie mehr als zehn Jahre in verschiedenen Positionen für die kanadischen Regierung: 2009 bis 2012 diente sie als Generaldirektorin für allgemeine Politik, Mineralien und Metalle im Ministerium für natürliche Ressourcen. Zwischen 2005 und 2009 war sie Verwaltungsmitglied und von 2003 bis 2005 Beraterin des Stellvertretenden Ministers für Fischerei und Ozeane.^[7]

CERT und CETA

Die Ausweitung und Liberalisierung des Handels ist eines der zentralen Ziele von CERT. Es verwundert also nicht, dass [CETA](#) aktiv voran treibt und mitgestalten will.

CERT fordert einen uneingeschränkten Zugang zu europäischen Märkten,^[8] um dem „versäumten Handel“ mit der EU nachzuholen.^[9] In einem Policy Paper macht die Vereinigung deutlich, dass jegliche Zölle ein Handelshemmnis darstellen und deshalb beseitigt werden müssten.^[10] CERT unterstützt in diesem Zusammenhang die in CETA enthaltene regulatorische Kooperation. Sie erkennen zwar ein Grund für unterschiedliche Regulierungsanforderungen der EU und Kanada - den jeweiligen Schutz von Verbraucher und Umwelt an - machen aber im gleichen Zug deutlich, dass dies nichttarifäre Handelshemmnisse mit

schädlichen Auswirkungen wären.^[11] In einem gemeinsamen Brief mit [Businesseurope](#) und dem kanadischen Handelskammer an die Europäische Kommission und das kanadische Handelsministerium von 2010 wird betont, dass Kanada und die EU alle Möglichkeiten wahrnehmen sollten, um ihren Unternehmen bei der Entwicklung und dem Ausbau ihrer Außenhandelskapazitäten zu unterstützen und erklären die regulatorische Kooperation als wichtigen Teil von CETA.^[12] Im vorliegenden CETA-Abkommen ist regulatorische Kooperation in ambitionierter Art und Weise enthalten.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [CERT: Policy Priorities for the Canada-EU Trade and Investment Agreement](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Creating Opportunities](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Operating Structure & Priorities](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Membership](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen 1.2.2017
- ↑ [Roy MacLaren](#), ic-impacts.com, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [Virginia Flood](#), bloomberg.com, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Policy Priorities for the Canada-EU Trade and Investment Agreement](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Our missing trade](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Policy Priorities for the Canada-EU Trade and Investment Agreement](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [CERT: Policy Priorities for the Canada-EU Trade and Investment Agreement](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017
- ↑ [The Canadian and EU business communities' call for a successful conclusion to the Comprehensive Economic and Trade Agreement](#), canada-europe.org, abgerufen 1.2.2017

Regulatorische Kooperation

Regulatorische Kooperation ist Kernbestandteil der Verhandlungen zum [Transatlantischen Freihandelsabkommen](#) TTIP. Sie bezeichnet die Zusammenführung verschiedenster Regulierungen auf beiden Seiten des Atlantiks, um so Handelshemmnisse abzubauen. So sieht sie gemeinsame Strukturen und Verfahren vor, mit deren Hilfe beide Handelspartner gegenseitig auf neue Gesetzesvorhaben Einfluss nehmen können. Gleichzeitig verschafft sie Lobbyisten eine frühzeitige Beteiligung an Gesetzgebungsprozessen (sowohl in der USA als auch in der EU). Das Ziel: Vergangene und bestehende Streitigkeiten beilegen und eine auf langfristige Sicht 'regulatorische Kohärenz' zwischen den USA und der EU herstellen.

Inhaltsverzeichnis

1 Umsetzung in TTIP	6
1.1 Frühwarnsystem	6
1.2 Folgeabschätzungsberichte	7
1.3 Dialog mit LobbyistInnen	7
1.4 Regulierungsgremium	7
1.5 Reichweite von regulatorischer Zusammenarbeit	7
2 Warum regulatorische Kooperation?	7
2.1 Unterschiede im Regulierungs-Rechtsrahmen der EU und der USA	8
3 Historische Entwicklung	8
4 Kritik	9
4.1 Fallbeispiel Tierversuche: Wie regulatorische Kooperation notwendigen Schutz verzögert hat	9
5 Weitere Informationen	9
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einzelnachweise	10

Umsetzung in TTIP

LobbyControl hat von Beginn an die geplante Umsetzung von regulatorischer Kooperation im **TTIP**-Abkommen kritisiert. Verschiedene Mechanismen, die über **TTIP** festgeschrieben würden, führen zu einer Institutionalisierung von Lobbyarbeit und einer Festschreibung von Unternehmenseinfluss auf europäische und amerikanische Gesetzgebung. Im Folgenden werden die Kernpunkte regulatorischer Kooperation vorgestellt. Grundlage sind mehrere geleakte und selbst veröffentlichte Verhandlungspositionen der EU-Kommission:

- Dezember 2013: [LEAK: Position paper – Chapter on Regulatory Coherence](#)
- Januar 2015: [LEAK: Initial Provisions for Chapter Regulatory Cooperation](#)
- Februar 2015: [Initial Provisions for Chapter Regulatory Cooperation](#)
- März 2016: [LEAK: TTIP Proposal for Chapter: Good Regulatory Practices](#)

Frühwarnsystem

Teil der EU-Position bezüglich regulatorischer Kooperation ist ein Frühwarnsystem, welches die USA und die EU dazu verpflichtet, sich sowohl gegenseitig als auch alle Interessenvertreter mindestens zweimal jährlich über alle geplanten regulatorischen und legislativen Veränderungen in Kenntnis zu setzen, die möglicherweise Einfluss auf den Handel haben können. In späteren Fassungen wurde dieser Prozess in „frühe Informationen zu geplanten Gesetzen“ umbenannt aber die Funktion bleibt die gleiche; schon zu einem frühen Zeitraum der Gesetzgebung soll es Interessenvertretern ermöglicht werden, Rückmeldung zu gesetzlichen Vorhaben zu geben. Diese Rückmeldungen sollen dann entsprechend „berücksichtigt werden“.

Folgeabschätzungsberichte

Vorgesehen ist ferner eine Folgenabschätzung für den Handel bei jeglichen Regulierungsvorhaben, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Das sogenannte „regulatory impact assessment“ soll die Auswirkungen von Gesetzgebungen messen und zwar vor allem auf Handel und Investitionen. Auch die Abstimmung mit US-Regulierungsbehörden ist vorgesehen. Durch das Frühwarnsystems sind Unternehmenslobbyisten rechtzeitig informiert und können dann anhand der Kriterien schnell Bedenken gegen Gesetzesvorhaben einbringen.

Dialog mit LobbyistInnen

TTIP sieht die Einführung von sogenannten Konsultationsprozessen vor, die neuen Gesetzesinitiativen vorausgehen. Das bedeutet, dass Lobbyisten frühzeitig am Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und diesen mitgestalten können. Zwar ist bei diesen Konsultationen ein Austausch mit allen Interessenvertretern vorgesehen, also mit allen beteiligten oder interessierten Akteuren. Bei den herrschenden Kräfteverhältnissen in Brüssel ist die Gefahr jedoch groß, dass Unternehmensinteressen und der Einfluss der USA dominieren werden.^[1]

Regulierungsgremium

In den frühen Positionspapieren war von einem „Gremium für regulatorische Zusammenarbeit“ (Regulatory Cooperation Body oder Regulatory Cooperation Council) die Rede, welches die Harmonisierung der Gesetzgebung zwischen USA und EU koordinieren soll. Zwar wurde dieses machtvolle Gremium aus späteren Verhandlungsdokumenten entfernt, die Funktionen, die der Rat ausführen sollte, bleiben jedoch erhalten. Die mit der Koordinierung beauftragten Akteure sind die EU-Kommission und die US-Regulierungsbehörden. Sie sollen künftig Gesetzesvorhaben gemeinsam darauf überprüfen, ob sie den transatlantischen Handel negativ beeinträchtigen. Die transatlantische Koordinierung bei der Gesetzgebung erscheint besonders fragwürdig, weil sie weder in den USA noch in der EU demokratisch legitimiert ist.

Reichweite von regulatorischer Zusammenarbeit

Während zu Beginn der Verhandlungen die Gesetzgebung der EU-Mitgliedstaaten und möglicherweise sogar der Kommunen betroffen war, soll sich die Reichweite der regulatorischen Kooperation jetzt „nur“ noch auf EU-Richtlinien und -Regulierungen beziehen.

Warum regulatorische Kooperation?

Es gibt grundlegende Unterschiede im Regulierungs-Rechtsrahmen der EU und der USA. Regulatorische Kooperation soll einerseits einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Umsetzung von Freihandelsabkommen schaffen und andererseits zur Schaffung internationaler Rechtsstandards beitragen.

Unterschiede im Regulierungs-Rechtsrahmen der EU und der USA

- In den Vereinigten Staaten müssen die Regulierungsbehörden beim Umweltschutz und der öffentlichen Gesundheit den sogenannten 'Backend'-Ansatz anwenden. Dieser umfasst zum Beispiel Risikobeurteilungen, die sich mit den Gefahren von Gift- und Schadstoffen befassen, jedoch erst nachdem diese auf den Markt gebracht wurden. ^[2] In der EU gilt im Gegensatz dazu bei der Beurteilung von Risiken das Vorsorgeprinzip. Im Falle wissenschaftlicher Unsicherheit führt der Grundsatz 'Vorsicht ist besser als Nachsicht' erst einmal zu einem Verbot.
- In den USA ist die übliche Herangehensweise die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse. Dabei werden im Allgemeinen Kosten und Nutzen einer vorgeschlagenen Verordnung in Geldbeträge übersetzt und gegeneinander abgewogen – unabhängig davon, wie wenig plausibel eine solche Festsetzung in Dollar sein mag. Kann der Nutzen die Kosten nicht aufwiegen, schwächen die Regulierungsbehörden die Vorschrift normalerweise ab oder stoppen sie ganz. ^[3] Die Folgenabschätzungen in der EU unterscheiden sich davon grundlegend. Das liegt nicht nur am Vorsorgeprinzip, sondern auch daran, dass zu einer Folgenabschätzung auch eine gründliche Untersuchung der sozialen und ökologischen Auswirkungen eines Vorschlags gehört. Darüber hinaus gibt es Unterschiede in der Verfahrensweise.
- Das föderale System der USA und die entsprechenden Verfahren ermöglichen Unternehmenslobbys den Einsatz bestimmter Verzögerungstaktiken, die oft dazu führen, dass neue Regelungen völlig fallen gelassen werden. ^[4] Die EU hat ihre eigenen Konsultationsprozesse, wobei hier natürlich Lobbygruppen der Wirtschaft nicht unbedingt weniger Einfluss haben. So bieten zum Beispiel die sogenannten [Expertengruppen der Kommission](#) Unternehmen oft die Möglichkeit, ihre Meinung zu Gesetzentwürfen zu äußern, lange bevor diese überhaupt von der Kommission eingebracht werden. Der Einsatz von Verzögerungstaktiken ist im europäischen Rahmen jedoch schwieriger.

Historische Entwicklung

Die Idee transatlantischer regulatorischer Kooperation begann nicht erst mit TTIP. Vielmehr bedeutet TTIP die Festschreibung von lange entwickelten und verfolgten Regierungs- und Unternehmerzielen. Schon seit Mitte der 90er Jahre entwickelte sich eine eher informelle Zusammenarbeit zu Regulierungsfragen zwischen den USA und der EU, die sich bis zur Aufnahme der TTIP-Verhandlungen 2013 zunehmend intensivierte. 1995 wurde in der [Neuen Transatlantischen Agenda](#) u.a. die Förderung der Expansion des Welthandels und die Aufnahme engerer wirtschaftlicher Beziehungen beschlossen. Noch im selben Jahr wurde auf Initiative der US-Regierung und EU-Kommission der [Transatlantic Business Dialogue](#) (TABD) gegründet. ^[5] Dieses Forum, bestehend aus europäischen und US-amerikanischen Chefs von Großkonzernen entwickelte gemeinsam Empfehlungen für politische Entscheidungsträger ^[6] und ist somit ein wichtiges Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, EU-Kommission und Großunternehmen. Der TABD war zentraler Dreh- und Angelpunkt für die Intensivierung transatlantischer regulatorischer Zusammenarbeit, die in diesem Zeitraum entstand. Durch die Schaffung weiterer Institutionen ([Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft](#) 1998, [Hochrangiges Forum für regulatorische Zusammenarbeit](#) 2005, [Transatlantischer Wirtschaftsrat](#) 2007, ^[7] [Hochrangige Arbeitsgruppe für Wachstum und Beschäftigung](#) 2011) wurde sie in den Folgejahren stetig vorangetrieben und gipfelte schließlich in der Aufnahme der TTIP-Verhandlungen im Juni 2013. ^{[8][9]}

Die Webseite correctiv veröffentlichte im Juni 2016 Dokumente über ein Treffen von Vertretern der EU-Kommission und Industrie, auf dem bereits 2012 die Vorschläge der Industrie zu frühzeitigen Einbeziehung bei Gesetzesvorgaben vorgestellt wurden. Die damals von der Industrie vorgebrachten Vorschläge fänden sich in den Verhandlungstext von TTIP wieder.^[10]

Kritik

Fallbeispiel Tierversuche: Wie regulatorische Kooperation notwendigen Schutz verzögert hat

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie regulatorische Kooperation Gesetzesinitiativen erheblich verzögert hat.^[11] Hier geht es um den Schutz von Tieren, insbesondere derjenigen Tiere, die für Versuche mit Kosmetika genutzt werden. 1993 beschloss die Europäische Union eine Änderung ihrer Kosmetikrichtlinie. Bis zum Jahr 1998 sollte so ein Verbot für die Vermarktung von an Tieren getesteten Kosmetika verhängt werden. Ab 1996 begannen jedoch die US-Behörden, Druck auf die **Europäische Kommission** auszuüben, das Verbot aufzuheben. 1997 reagierte die Kommission darauf mit der Aufschiebung des Verbots und machte im Jahr darauf den Vorschlag, das Vermarktungsverbot in ein Verbot von Tierversuchen in der EU umzuwandeln. Damit wären US-Unternehmen in der Lage, Produkte in der EU zu vermarkten, die in den USA an Tieren getestet wurden. Europäische Unternehmen wiederum könnten ihre Produkte außerhalb der Europäischen Union testen und sie dennoch in der EU vermarkten.

Die US-Regierung erklärte das Vermarktungsverbot zum Handelshemmnis und drohte der EU mit einer Beschwerde bei der **WTO**. Die **Europäische Kommission** stimmte dem zu, nicht nur aus Angst vor der **WTO**, sondern auch in Erwägung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kosmetikindustrie. Der **TABD** seinerseits bildete eine Kosmetikgruppe, die das Thema verfolgen sollte. Auf zwei wichtigen Veranstaltungen des **TABD** wurde das "Vermarktungsverbot" als Kandidat für das "Frühwarnsystem" erklärt: Es sollte in Gesprächen zwischen beiden Parteien ausgiebig diskutiert werden. Der **TABD** war der Ansicht, dass ein Verbot verschoben bzw. überhaupt nur dann verhängt werden sollte, wenn der Industrie alternative Testmethoden zur Verfügung stünden.^[12]

Da sich das **Europäische Parlament** bei diesem Thema überraschend einig war, wurde das Verbot 2002 schließlich verabschiedet. Die Parlamentarier lehnten die in ihren Augen unangemessene Einmischung der USA in die Belange der EU entschieden ab und waren auch nicht davon überzeugt, dass die **WTO**-Regeln ein Vermarktungsverbot ausschließen. Allerdings wurden Zugeständnisse beim Zeitplan gemacht. Das Vermarktungsverbot sollte erst 2009 in Kraft treten^[13] und mindestens drei Testmethoden erst 2013 verboten werden. Anders gesagt: Es dauerte zwei Jahrzehnte von der ersten Entscheidung bis zur Umsetzung des Vermarktungsverbots und damit 15 Jahre länger als ursprünglich geplant.

Weitere Informationen

- [TTIP-Studie: Ein gefährliches regulatorisches Duett \(LobbyControl, 2016\)](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Warum eine Festschreibung von Lobbyeinfluss gefährlich ist](#), LobbyControl vom 24.03.2016, abgerufen am 09.05.2016
2. ↑ [James Goodwin "Building a better risk assessment process"](#) Centre for Progressive Reform vom 9. Dezember 2008, abgerufen am 04.05.2016
3. ↑ [Catherine O'Neill & Amy Sinden; "The cost-benefit dodge"](#) Centre for Progressive Reform vom 12. Mai 2009, abgerufen am 04.05.2016
4. ↑ [CPR's Eye on Oira](#) Centre for Progressive Reform, abgerufen am 04.05.2016
5. ↑ [About TABD](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 04.05.2016
6. ↑ [Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, S.7](#) Europäische Kommission von Juni 2006, abgerufen am 04.05.2016
7. ↑ vgl. [Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantische Wirtschaftsintegration zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union](#) abgerufen am 04.05.2016[]
8. ↑ [Statement from US President Obama, EU-Council President Van Rompuy and EU-Commission President Barroso](#) Webseite der europäischen Kommission, abgerufen am 04.05.2016
9. ↑ für eine detailliertere historische Entwicklung vgl. [TTIP-Studie: Ein gefährliches regulatorisches Duett](#) Kapitel 3 (LobbyControl, 2016)
10. ↑ [Industrie sichert sich TTIP-Einfluss: Ein Papier der Lobbyverbände zeigt: Die Industrie bekommt genau das, was sie sich seit Jahren wünscht](#), correctiv.org, 28. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 1.8.2016
11. ↑ vgl. [TTIP-Studie: Ein gefährliches regulatorisches Duett](#) Kapitel 5 (LobbyControl, 2016)
12. ↑ ["Transatlantic Business Dialogue Annual Conference 1999"](#), Schlussfolgerungen, Berlin, 29.-30. Oktober 1999
13. ↑ [Presseerklärung](#) Lush Cosmetics & The Humane Society, Februar 2013, abgerufen am 04.05.2016

Daimler

Weiterleitung nach:

- [Mercedes-Benz](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

BASF

BASF SE

BASF SE



Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	11
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	12
3 Parteispenden und Sponsoring	12
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	12
5 Mitgliedschaften	12
6 Fallbeispiele und Kritik	13
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	13
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	13
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	13
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	13
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	14
6.6 2012: Das Bienensterben	14
6.7 Lobbyisten in Ministerien	14
7 Weiterführende Informationen	15
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
9 Einzelnachweise	15

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.

^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[18] oder auch der Leopoldina. ^[19]

Einflussnahme der BASF auf die [Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. ^[20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). ^[21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen. ^[22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte. ^[23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der [EU-Kommission](#) zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [\[\[Bundeswirtschaftsministerium\]](#) – und trat im [Europaparlament](#) als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025 vor](#) basf.com vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanager-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#), lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022

23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Siemens

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Die Siemens AG ist die Muttergesellschaft eines in nahezu allen Ländern der Welt aktiven Technologiekonzern mit Fokus auf den Feldern Industrie, Infrastruktur, Mobilität und Gesundheit. Sie ist Mehrheitsaktionär von [Siemens Healthineers](#), einem weltweit führenden Anbieter von Medizintechnik, und hält eine Minderheitsbeteiligung an [Siemens Energy](#), einem weltweit führenden Unternehmen in der Energieübertragung und -erzeugung. Der Konzern betätigt sich in den folgenden Bereichen: Industrielles Geschäft (Digital Industries, Smart Infrastructure, Mobility und Siemens Healthineers) und Services (Siemens Financial Services, Siemens Real Estate, Global Business Services). Der Konzern erzielte 2023 einen Umsatz in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro und beschäftigte rund 320 Tsd. Mitarbeiter.^[1]

Siemens

SIEMENS

Rechtsform Aktiengesellschaft (AG)

Tätigkeit Technologiekonzern (Industrie, Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit)

Gründungsdatum 1847

Hauptsitz München, Berlin

Lobbybüro

- **Lobbybüro** Avenue des Arts 20, Brüssel
- **EU**

Webadresse www.Siemens.de

SSR

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	17
1.1 Siemens AG	17
1.2 Weitere Siemens-Unternehmen	17
2 Fallbeispiele und Kritik	17
2.1 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	17
3 Management und Aufsichtsrat	18
3.1 Vorstand	18
3.2 Aufsichtsrat	18
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	18
5 Lobbyisten in Ministerien	19
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
7 Einzelnachweise	19

Lobbystrategien und Einfluss

Siemens AG

Die Aktivitäten zur Interessenvertretung beziehen sich insbesondere auf die folgenden Themen und Politikbereiche: Cyber Security und Digitalisierung, Dekarbonisierung und Klimaschutz, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Handelspolitik, Mobilität für Schiene und Straße, vernetzt und automatisiert.^[2] Die Gesamtverantwortung für Lobbyaktivitäten liegt beim Vorstand der Siemens AG, der die entsprechenden Aufgaben einer eigenen Abteilung „Government Affairs“ (GA) übertragen hat, die direkt an den Siemens Vorstandsvorsitzenden Roland Busch berichtet. Nach den Compliance-Grundsätzen und -verfahren müssen die Mitarbeiter stets die Gesetze und Vorschriften der Rechtssysteme einhalten, in denen sie tätig sind. Verwiesen wird auf die [Business Conduct Guidelines](#) und die Leitlinien für den [Wechsel von Mitarbeitern in und aus dem öffentlichen Dienst - sogenannter „Drehtür-Effekt“](#).

Im deutschen Lobbyregister gibt Siemens an (Stand: 13.02.2024), im Geschäftsjahr 2021/2022 1.140.001 bis 1.150.000 Euro für Lobbytätigkeiten auszugeben und 11 -20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] Cheflobbyist ist Torsten Ende.

Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben der Siemens AG in Brüssel im Geschäftsjahr 2021 /2022 zwischen 2.750.000 - 2.999.999 Euro; 2023 wurden 13 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 7,8) beschäftigt. Benedikt Kутtenkeuler ist Head of EU Government Affairs.

Weitere Siemens-Unternehmen

Weitere Siemens-Unternehmen mit eigenen Lobby-Aktivitäten sind:

- [Siemens Healthineers AG](#), ein globales Medizintechnikunternehmen, an dem der Siemens-Konzern ca. 75 % der Anteile hält
- [Siemens Mobility GmbH](#), ein eigenständig geführtes Unternehmen der Siemens AG
- [Siemens Energy Global GmbH & Co. KG](#), an der die Siemens AG mit ca. 35 % beteiligt ist.^[4] Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehören: Joe Käser (Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG), Christine Bortenlänger (Geschäftsführende Vorständin des [Deutsches Aktieninstitut](#)), [Sigmar Gabriel](#) (ehem. SPD-Politiker, Bundesminister a.D.), [Hildegard Müller](#) (Präsidentin des [Verbands der Deutschen Automobilindustrie](#)), Veronika Grimm (Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung). LobbyControl kritisiert Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[6]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Siemens damit rechnen müssen, jährlich 100 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Siemens stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[7][8]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[9]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[10][11][12][13][14]}

Management und Aufsichtsrat

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Roland Busch](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Aufsichtsratsvorsitzender ist [Jim Hagemann Snaube](#)

Mitgliedschaften (Auswahl)

Siemens ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Adlerkreis](#)
- [AmCham Germany](#)
- Association of the European Rail Supply Industry (UNIFE)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) e.V.
- [Businesseurope](#)
- [BITKOM](#)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Collegium](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Forum for Manufacturing](#)
- [European Policy Centre](#)
- [Energy Solutions](#)
- [EU40 Europe](#)
- [Friends of Europe](#)
- [Kerntechnik Deutschland](#)
- [Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Transatlantic Business Initiative](#)

- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [VDMA](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Verband der Elektro- und Digitalindustrie \(ZVEI\)](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)

Lobbyisten in Ministerien

Im Zuge des von der Rot-Grünen Bundesregierung initiierten Austaschprogramms "Seitenwechsel" waren Mitarbeiter von Siemens als "Externe" in Außenministerium und Entwicklungsministerium beschäftigt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[15]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Ein Jahr um 1998 ^[16]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3: Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika; Naher Osten

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023](#), [siemens.com.de](#), abgerufen am 11.04.2024<
2. ↑ [Politisches Engagement bei Siemens](#), [siemens.com](#), abgerufen am 12.04.2024
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), [lobbyrgister.bundestag.de](#), abgerufen am 12.03.2024
4. ↑ [Siemens Energy Aktionärsstruktur](#), [finanzen.net](#), abgerufen am 13.03.2024
5. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), [lobbycontrol.de](#) vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024

6. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
7. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
8. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
9. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
10. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
11. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
12. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
13. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
14. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
16. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011

Lobbyregister EU

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Seit 2008 gibt es auf [EU-Ebene](#) ein [Lobbyregister](#), das EU-Transparenzregister. Eine Registrierung ist für alle Interessenvertreter:innen gegenüber [EU-Parlament](#), [Kommission](#) und dem [Rat der EU](#) freiwillig, allerdings ist der Erhalt bestimmter Berechtigungen, wie etwa der Möglichkeit Kommissionsmitglieder zu treffen, an eine Eintragung in das Register geknüpft. Alle im Register eingetragenen Akteure verpflichten sich zur Einhaltung eines Verhaltenskodex'.

Im [EU-Transparenzregister](#) sind nur jeweils aktuelle Informationen abrufbar. Alte Einträge, sowie die Möglichkeit Akteure nach der Zahl ihrer Treffen oder der Größe ihres Budgets zu sortieren, finden sich auf [lobbyfacts.eu](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	21
1.1 Rechtsgrundlage	21
1.2 Registrierung	21

1.3 Verpflichtende Angaben	21
1.4 Nachteile bei Nicht-Registrierung	22
1.5 Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten	22
2 Kritik	23
2.1 Datenqualität	23
2.2 Katargate	23
2.3 Mangelnde Sanktionen	23
3 Hintergrund	24
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
5 Einzelnachweise	24

Rechtsgrundlage und Zuständigkeit

Rechtsgrundlage

In Artikel 11 des *Vertrags über die Europäische Union* verpflichtet sich die EU zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“^[1]

Die Grundlage für das aktuelle Transparenzregister ist die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen **EU-Parlament**, **EU-Kommission** und dem **Rat der Europäischen Union**. Die erste Version von 2011, die, noch ohne den Rat, das Transparenzregister einführt, wurde zuletzt 2021 überarbeitet.^[2]

Die laufende Verwaltung des Registers unterliegt einem gemeinsamen Sekretariat, bestehend aus neun Mitarbeitenden der drei teilhabenden Organe. Die Aufsicht über das Sekretariat hat ein aus den Generalsekretär:innen von Parlament, Kommission und Rat bestehender Verwaltungsrat, der die strategischen Leitlinien und Prioritäten für das Transparenzregister vorgibt.^[3]

Registrierung

Die Registrierung für die Online-Plattform ist freiwillig, jedoch stimmt jede Organisation, die sich registriert, automatisch dem **Verhaltenskodex** für Interessenvertreter zu. Über einen Nutzerzugang können Daten hinzugefügt oder aktualisiert werden. Registrierte Vertreter sind für Korrektheit, Aktualität und Vollständigkeit verantwortlich. Sie sind unter anderem dazu verpflichtet, ihre Angaben spätestens drei Monate nach einer Änderung zu aktualisieren, und müssen ihren Account einmal im Jahr verifizieren.^[2] Stand März 2023 sind über 12.000 Akteure eingetragen.^[4]

Verpflichtende Angaben

Lobby-Akteure, die sich für das Transparenzregister anmelden, müssen verschiedene Angaben zu ihren Tätigkeiten machen:^[2]

- allgemeine Angaben (Adresse, rechtlicher Status, etc.)

- Interessen und Tätigkeiten des Akteurs
- Verbindungen zu und Mitgliedschaften bei anderen Akteuren/Organisationen
- Teilnahme an EU-Strukturen und Plattformen (Ausschüsse, Foren, Expertengruppen der EU-Kommission)
- Geld- und Personalaufwand für diese Tätigkeiten
- Gesetze und Vorlagen, an denen der Akteur arbeitet

Nachteile bei Nicht-Registrierung

Organisationen, die sich nicht registrieren, verzichten auf verschiedene Privilegien im Umgang mit den Europäischen Institutionen, wie etwa: ^[5]

Parlament

- freier Zugang zu Gebäuden des EU-Parlaments
- nur registrierte Vertreter können als Redner vor einen Parlamentsausschuss eingeladen werden
- Teilnahme an parteiübergreifenden parlamentarischen Foren

Kommission

- Treffen mit Kommissionsmitgliedern, Kabinettsmitgliedern, Generaldirektoren
- Teilnahme an Expert:innengruppen als Interessenvertreter:innen

Rat

- Treffen mit Generalsekretär:in und Generaldirektor:innen
- Teilnahme an Briefings und Veranstaltungen

Auch ohne Registrierung ist es jedoch für Lobby-Akteure möglich, das EP-Gebäude zu betreten – zum Beispiel mit einer Einladung eines:r Abgeordneten – oder sich mit ihnen außerhalb des Parlaments zu treffen. Ebenso können Lobbyakteure Mitglieder der EU-Kommission treffen, die unterhalb des Rangs der Generalsekretär:innen rangieren oder alle Mitglieder ständiger Vertretungen außer den beiden Botschafter:innen.

Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten

Die Angaben der Organisationen sollen durch das Sekretariat stichprobenartig oder nach Hinweisen über das Beschwerdeformular überprüft werden. Es kann über die Löschung der Daten verfügen, wenn diese veraltet oder falsch sind, oder wenn die Inhalte nicht für die Registrierung geeignet sind. ^[3]

Stellt das Sekretariat Verstöße gegen die Leitlinien fest, kann es neben der Löschung der Daten auch ein Verbot einer erneuten Registrierung zwischen 20 Werktagen und zwei Jahren aussprechen. Somit gehen der betroffenen Organisation für den Zeitraum die Privilegien die mit der Eintragung einhergehen, verloren. ^[2]

2021 führte das Sekretariat 3.360 Qualitätskontrollen durch. Rund ein Drittel der Überprüfungen führten zu Löschungen, weil die Daten veraltet oder nicht angemessen waren, in den restlichen Fällen waren die Angaben zufriedenstellend oder wurden nach Aufforderung nachgebessert. ^[3]

Kritik

Datenqualität

Auf Grund der Unterbesetzung des für die Verwaltung zuständigen Sekretariats mit zunächst sechs, seit 2021 neun, Mitarbeitenden treten immer wieder erhebliche Mängel in der Datenqualität zu Tage. So machten LobbyControl und die NGO Corporate Observatory Europe zuletzt Ende 2022 das Sekretariat auf über 400 fehlerhafte Einträge im Transparenzregister aufmerksam, was im Januar 2023 zu einer Korrektur von 59% der Einträge und zu einer Löschung von 38% der Einträge führte.^[6]

Darüber hinaus müssen seit 2021 NGOs nur noch ihr gesamtes Jahresbudget und nicht mehr, wie kommerzielle Organisationen auch, ihr jährliches Lobbybudget. Dies führt neben der schlechten Vergleichbarkeit der Daten zu der Gefahr, dass kommerzielle Organisationen ihre Interessenvertretung in nicht-kommerziellen Verbänden organisieren und so ihre Lobbyausgaben kaschieren.^[7]

Katargate

Im Zuge der **Katargate**-Affäre wurde Ende 2022 klar, dass das Register nicht wie gedacht funktioniert. So tauchten weder die in der Angelegenheit belasteten Staaten Katar und Marokko im Transparenzregister auf, obwohl die Eintragung von nicht-EU-Staaten als Auftraggeber Pflicht ist, noch war die NGO des belasteten ehemaligen EU-Parlamentariers **Panzeri** registriert, obwohl diese Veranstaltungen im EU-Parlament veranstaltet hatte.^[8]

Infolgedessen wurde diskutiert, ein weiteres Register für Interessenvertretung von nicht-EU-Staaten, nach Vorbild des amerikanischen **FARA** und des australischen **FITSA** einzuführen oder auch Diplomaten aus nicht-EU-Staaten dazu zu verpflichten, sich in das bestehende Register einzutragen.

Mangelnde Sanktionen

Das EU-Transparenzregister ist nicht rechtsverbindlich, sondern setzt auf den Verlust von Privilegien als Anreiz für eine Registrierung, da nach Rechtsauffassung der EU-Kommission eine rechtsverbindliche Regelung nur mit einer Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Union (und somit eines einstimmigen Votums im Rat) möglich ist. Allerdings wies bereits 2013 ein **Gutachten** im Auftrag des von LobbyControl mitgegründeten Netzwerks ALTER-EU eine alternative Auslegung des EU-Rechts auf. Eine Veränderung zugunsten der Rechtsverbindlichkeit hatte dies jedoch nicht zur Folge.^{[9][10]}

Auch die Anreize im bestehenden Rahmen könnten restriktiver ausgestaltet sein. So beschränkt sich die Registrierungspflicht im Rat lediglich auf Treffen mit dem Generalsekretariat, das die Arbeit des Rats lediglich koordiniert und organisiert, und somit keine zentrale Anlaufstelle für Lobbyist:innen ist. Von viel größerem Interesse sind hier die ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten, für die aber keine Registrierung im Transparenzregister notwendig ist.^[11] Nichtsdestotrotz veröffentlichen einige Vertretungen, wie etwa die deutsche, ihre Treffen auf freiwilliger Basis.^[12]

Hintergrund

Das EU-Transparenzregister geht auf eine Initiative des damaligen EU-Kommissars für Verwaltung, Audit und Korruptionsbekämpfung **Siim Kallas** zurück. Dieser erklärte 2005 in einer Rede Lobbyist:innen hätten großen Einfluss auf die Gesetzgebungsverfahren der EU, dieser bliebe aber viel zu intransparent. Als Lösung hierfür schlug er ein verpflichtendes Lobbyregister und Sanktionen bei Fehlverhalten vor. 2008 führte die Kommission jedoch lediglich ein freiwilliges Transparenzregister ein, dem das EU-Parlament mit der ersten interinstitutionellen Vereinbarung 2011 beitrug. 2014, mit dem Amtsantritt der **Jean-Claude Juncker** [Juncker]-Kommission, wurden mit der Verpflichtung für Lobbyist:innen sich im Register einzutragen, wenn sie sich mit Mitgliedern der Kommission treffen wollen, erstmals gewichtige Anreize geschaffen, sich einzutragen. Tatsächlich führte diese Regelungen zu einem rapiden Anstieg der Eintragungen in den Folgejahren, sodass heute davon ausgegangen werden kann, dass die überwiegende Mehrheit der Lobbyist:innen eingetragen sind. 2021 folgte die Einführung im Rat der EU.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EurLex-Portal Vertrag über die Europäische Union, überarbeitete Fassung von 2012](#) abgerufen am 20.10.2016
2. ↑ [2,02,12,22,3 Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register](#), eur-lex.europa.eu, abgerufen am 21.03.2023
3. ↑ [3,03,13,2 Jahresbericht über das Funktionieren des Transparenzregisters 2021](#), ec.europa.eu, abgerufen am 21.03.2023
4. ↑ [Statistics](#), ec.europa.eu, abgerufen am 27.03.2023
5. ↑ [Leitlinien für die interinstitutionelle Vereinbarung von 2021](#) abgerufen am 27.03.2023
6. ↑ [LobbyControl auf Twitter](#), twitter.com, abgerufen am 21.03.2023
7. ↑ [Offener Brief an die Kommissarin Jourova vom 02.02.2022](#), alter-eu.org, abgerufen am 27.03.2023
8. ↑ [Qatargate: Corruption scandal widens with more EU lawmakers in frame](#), politico.eu vom 16.02.2023, abgerufen am 27.03.2023
9. ↑ [Legal Framework for a Mandatory EU Lobby Register and Regulations](#), Prof.Dr. Markus Krajewski, lobbycontrol.de, abgerufen am 27.03.2023
10. ↑ [Gutachten: Verpflichtendes Lobbyregister möglich](#), lobbycontrol.de vom 18.06.2013, abgerufen am 27.03.2023
11. ↑ [EU Transparenzregister: Gremium der Mitgliedstaaten will mitmachen, aber nur ein bisschen](#), lobbycontrol.de vom 21.12.2017, abgerufen am 27.03.2023
12. ↑ [Transparenzregister](#), bruessel-eu.diplo.de, abgerufen am 27.03.2023

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA, dt. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada.

Es wurde am 30.10.2016 unterzeichnet. Das Abkommen soll in Kraft treten, nachdem **EU-Parlament** und der **Rat der Europäischen Union**, sowie das kanadische Parlament und die kanadischen Provinzen zugestimmt haben.

Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das **Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU** (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte	25
2 Chronologie der CETA-Verhandlungen	26
2.1 Die anstehende Ratifizierung	26
2.2 Chronologie der Verhandlungen und des Ratifizierungsprozesses	26
2.3 Akteure	30
3 Kritik an CETA	30
3.1 Allgemein	31
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung	31
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz	32
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen	32
3.5 Intransparente Verhandlungen	32
3.6 Lobbyeinflüsse	32
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS)	33
4 Studien	34
4.1 Pro CETA	34
4.2 Contra CETA	34
5 Weitere Informationen	36
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
7 Einzelnachweise	36

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeispiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch

veränderte Nahrungsmittel sein. Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.^[1] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet, die das Unternehmen benachteiligen.

Chronologie der CETA-Verhandlungen

Die anstehende Ratifizierung

Nachdem das Europäische Parlament CETA im Februar zugestimmt hat, wird das Abkommen im nächsten Schritt von den einzelnen Mitgliedsstaaten ratifiziert. Anfang Juni 2017 hatte neben Handelspartner Kanada lediglich Lettland die Ratifizierung abgeschlossen. Einige andere Staaten, darunter Finnland, Dänemark und Litauen, haben bereits angekündigt, schnellstmöglich zu folgen.^[2]

Chronologie der Verhandlungen und des Ratifizierungsprozesses

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
17. Ratifizierung Mai von CETA 201 durch 7 Kanada	CETA soll spätestens einen Monat nach Ratifizierung, also Anfang Juli, vorläufig angewandt werden. Ein genaues Datum wurde aber bisher nicht bekanntgegeben. Auch Handelskommissarin Malmström hat den Termin für die vorläufige Anwendung noch nicht bestätigt.	^[3]]
EuGH		
16. beschließt Mai Veto-Recht 201 für 7 Mitgliedsstaa ten	Durch das gefällte Urteil im Fall des EU-Singapur Freihandelsabkommens muss die EU auch bei Handelsabkommen wie CETA die jeweiligen nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten mitentscheiden lassen. CETA-Gegner fühlen sich durch das Urteil bestätigt.	^[5]]
Mai Fehlende 201 Arbeitnehmer 7 rechte	Im Mai 2017 erklärt der kanadische Handelsminister in einem Schreiben an den EU-Abgeordneten Fabio de Masi, dass Kanada bereit ist, durchsetzbare Arbeitsvorschriften zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte in CETA aufzunehmen, die EU-Kommission bremse dies aber.	^[6]]
11. EuG Mai rehabilitiert 201 Bürgerinitiati 7 ve	Die bereits 2014 gegründete Initiative „Stop TTIP“ mit den Zielen, die TTIP Verhandlungen abubrechen und CETA nicht zu ratifizieren, wurde von der Kommission nicht zugelassen. Das Gericht der europäischen Union (EuG) widersprach dieser Entscheidung mit seinem Urteil, da die Initiative eine "legitime demokratische Debatte" ausgelöst hätte. Insgesamt sammelte das Bündnis über 3,2 Millionen Unterschriften.	^[7]]
15. Europäisch Feb	Das EU-Parlament stimmt dem Handelsabkommen zu. Durch das Ergebnis der	

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
2017 r Parlament stimmt CETA zu	Abstimmung wird die vorläufige Anwendung von CETA erlaubt. Von der vorläufigen Anwendung sind Teilbereiche, wie Schiedsgerichtsbarkeit, ausgenommen. Im Folgenden müssen die EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen ratifizieren.	[8]
24. Jan uar 2017 Handelsausschuss stimmt für CETA	25 Abgeordnete stimmten im Handelsausschuss des EU-Parlaments für das Handelsabkommen mit Kanada, 15 dagegen. Das Abkommen kann nun zur Abstimmung ins Plenum des Parlaments.	[9]
23. Nov em ber 2016 Widerstand gegen ber Schiedsgeric hte	Eine Gruppe von 89 Abgeordneten legt dem EU-Parlament einen Antrag zu einer Resolution vor, die die in CETA enthaltenen Schiedsgerichte dem Europäischen Gerichtshof zur Überprüfung vorlegen soll, das Parlament lehnt ab.	[10]
30. Okt ober r 2016 Unterzeich nung von CETA durch EU und Kanada	Inklusive Zusatzerklärungen und Garantien, sowie der Aufforderung an den EuGH, ein Gutachten zu den umstrittenen Regelungen zur Streitbeilegung zwischen Unternehmen und Staaten zu erstellen.	[11]
27. Okt ober r 2016 Widerstand Belgiens	Die Bedenken einiger Regionalparlamente, etwa von Wallonien, werden einen Tag später ausgeräumt, der Europäische Rat unterzeichnet das Abkommen.	[12]
19. Okt ober r 2016 Zustimmung des Bundeskabin etts	Zuvor hatte Gabriel die Bedingungen des Bundesverfassungsgerichts im Ministerrat der EU durchgesetzt.	[15]

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
13. Okt ober 2016	Eilverfahren des Bundesverfassungsgerichts Unter Auflagen darf die Bundesregierung CETA im europäischen Ministerrat zustimmen – dagegen hatten am 31. August 2016 mehrere Initiativen Verfassungsklagen eingereicht. Das Gericht verlangt die Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Abkommen, sollte der Verfassungsbeschwerde in der Hauptverhandlung stattgegeben werden, sowie eine Beschränkung der vorläufigen Anwendung von CETA.	[1 7] [1 8] [1 9]
22. Sep tem ber 2016	Bundestag stimmt für das Weiterverfolgen von CETA Zustimmung: 71% mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU; Ablehnung: 20% durch Die Grünen und Die Linke	[2 0]
19. Sep tem ber 2016	Parteiikonvention SPD: Abstimmung für CETA Gabriel hatte die Befragung der Basis zur Bedingung für CETA gemacht.	[2 1] [2 2]
05. Juli 2016	Kommission Die Texte umfassen die Unterzeichnung, den Abschluss und die vorläufige Anwendung des Abkommens sowie die Empfehlung an den Rat, CETA als gemischtes Abkommen abzuschließen. Damit müssen auch die nationalen Parlamente das gemischte Abkommen ratifizieren.	[2 3]
29. Feb ruar 2016	Veröffentlichung des fertigen Vertragstextes	[2 4]
2016 2 – 2016	Rechtsformlichkeitsprüfung und Übersetzung	[2 5]
26. Sep tem ber	EU-Kanada-Gipfel in Ottawa: Vorstellung des	

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
2014	Abkommen EU und Kanada verkünden Freihandelspakt und das Ende der Verhandlungen. s Inkrafttreten soll CETA demnach 2016.	[2 6]
		[2 7]
22. Sep tem ber 2014	Gutachten Die von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten machen deutlich, dass CETA gemischtes Abkommen ist. Dies unterstützt die Position Gabriels, und der Bundesregier widerspricht dem Wunsch der EU-Kommission, auf einen Ratifizierungsprozess zu verzichten.	[2 8] [2 9]
1. Aug ust 2014	Abschluss der technische n Verhandlun gen Die Bundesregierung erhält die Dokumente des Abkommens (ca. 1520 Seiten). Die <i>Tagesschau</i> veröffentlicht die Texte des Abkommens wenige Tage später.	[3 0] [3 1]
Okt obe r 2013	Einigung über CETA Verkündung durch EU-Kommissionspräsident Barroso und den kanadischen Premierminister Harper .	[3 2]
Juli 2012	Parallelen zwischen CETA und ACTA Teile des gescheiterten ACTA-Abkommens wurden in eine frühe Version des CETA-Vertragstextes übernommen. Die EU-Kommission weist daraufhin, dass die übernommenen Passagen inzwischen gestrichen wurden.	[3 3]
Okt obe r 2011	Ende der Verhandlun gen Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	[3 4]
Sep tem ber 2011	Investitionsschutz Durch den Vertrag von Lissabon ist nun auch der Investitionsschutz Teil der Verhandlungen.	[3 5]
1. Okt obe r 2009	Verhandlung Ottawa (Kanada) runde	[3 6]

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
Juni 200 9	Aufnahme der CETA- Verhandlun gen	[3 7]
Mär z 200 9	Report der EU und Kanada Darlegen der erhofften Potenziale eines gemeinsamen Freihandelsabkommens.	[3 8]
200 8	Studie zu Folgen von CETA Gemeinsame Studie der EU und Kanada, die die Folgen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit untersucht.	[3 9]
	Vorgeschicht e Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada die Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Seit 2008 streben beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen an, das eine Vielzahl einzelner Abkommen ersetzen soll.	[4 0]

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die **EU-Kommission**. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- **Cecilia Malmström**, EU-Handelskommissarin.^[41] (der vorherige Kommissar **Karel De Gucht** vollzog 2015 einen **Seitenwechsel** in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.^[42])
- **Philipp Dupuis**, Stellv. Hauptverhandlungsführer
- **Mauro Petriccione**, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister **Stephen Harper** bzw. seit 2015 **Justin Trudeau**. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- **Ed Fast**, Minister für Internationalen Handel
- **Steve Verheul**, Hauptverhandlungsführer
- **Ana Renart**, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der EU-Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).

40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.^[43]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.^[44]

Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.^[45] Kanadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Harvard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.^[46]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.^[47]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.^[48]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das **Trade Justice Network** befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzlich in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.^[49]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation **WWF** hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.^[50]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustizministerin **Herta Däubler-Gmelin** legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.^[51]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche InteressensvertreterInnen angehört. KritikerInnen bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbyisten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.^[52]

Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)“ konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.^[53]

Lobbyeinfüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von **BusinessEurope**, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der **kanadischen Handelskammer** für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen

Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten. Ein weiterer Akteur ist das [European Services Forum](#) (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der [Canada-EU Roundtable for Business](#), der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.^[54]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt [EU-Canada Partnership](#) zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups“ und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network“ entgegenwirken. Dabei sollen „success stories“ im Mittelpunkt stehen.^[55]
- Die Kanzlei [Dentons Canada LLP](#) betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.^[56] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont.^{[57][58]}
- Die Kanzlei [Miller Thomson LLP](#) organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.^{[59][60]} Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der [EU-Canada Partnership](#).^[61]
- Auch die Kanzlei [Blakes](#) ist ein offizieller Sponsor der [EU-Canada Partnership](#).^[62] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.^[63]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst, den sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.^[51] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.^[64]

Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt.

Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.^[65]

Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsabkommens [TTIP](#) hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass

sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.^[66] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.^[67] Im März 2016 wurde bekannt, dass sich die beide Seiten grundsätzlich auf die Einrichtung eines Investitionsgerichtshof (Investment Court System, kurz ICS) verständigt haben.^[68] Kritiker sehen in den geplanten Änderungen ein 'groß angelegtes Täuschungsmanöver'^[69] und sehen dadurch keine Änderung der grundsätzlichen Kritik am ISDS-Verfahren.^[70] Im Juli 2016 veröffentlichte die Internetseite correctiv.org Dokumente, denen zu Folge die deutsche Regierung im Laufe befürchtete, dass in dem Fall von Staatspleiten bzw. Schuldenschnitten mit ISDS eine Haftung der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten eintreten könnten. Per ISDS könnten Finanzinvestoren Verluste aus solchen staatliche Maßnahmen mit Steuergeld ausgleichen. Die zu dieser Frage in den fertigen CETA-Vertrag aufgenommen Formulierungen wurden von Experten als nicht ausreichend beurteilt.^[71]

Studien

Pro CETA

Mo nat/ Studie Jahr	Auftraggeber	Erstellt von	Q u e l l e
06 1 A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive /201 Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[7 2]
02 1 The Canada-European Union Comprehensive Economic & /201 Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[7 3]
10 /200 Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada 8 economic partnership		EU- Kommission und Regierung Kanadas	[7 4]

Contra CETA

M on at / Studie Ja hr 09 /2 01	Auftrag geber	Erstellt von	Qu ell e

Monat / Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
6	Überlegungen zum Recht auf Regulierung („right to regulate“) im CETA	Foodwatch	Prof. Dr. Markus Krajewski	[75]
08		Mehr		
/2	Rechtliche Probleme der aktuellen Kommissionsplanung zu	Demokratie e.V.	Prof. Dr. W. Weiß	[76]
01	Abschluss und vorläufiger Anwendung des CETA			
6				
04	CETA, TTIP und das europäische Vorsorgeprinzip- Eine Untersuchung zu den Regelungen zu sanitären und	Foodwatch	Prof. Dr. iur. Peter-Tobias Stoll, Dr. Wybe Th. Douma, Prof. Dr. Nicolas de Sadeleer und Patrick Abel	[77]
/2	phytosanitären Maßnahmen, technischen Handelshemmnissen			
01	und der regulatorischen Kooperation in dem CETA-Abkommen			
6	und nach den EU-Vorschlägen für TTIP.			
12	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic	WWF	Prof. Dr. Christoph	[78]
/2	and Trade Agreement (CETA)	Deutschland	Scherrer, Dr. Stefan	[79]
01		and	Beck	[80]
4	zwischen Kanada und der Europäischen Union			
11	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[81]
/2	Investoren			
01				
4	das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen			
10	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das		Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[82]
/2	Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und	attac		
01	Kanada			
4				
09	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[83]
/2	Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade			
01	Agreements			
4				
08				
/2	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA):	ver.di	Thomas Fritz	[84]
01	Zusammenfassung und kritische Bewertung			
4				
10		Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[85]
/2	CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?			
01				
2				

M on at / Ja hr	Studie	Auftrag geber	Erstellt von	Qu ell e
07 /2 01 2	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadian s	Stuart Trew	[86]
				[87]
10 /2 01 0	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	/* Con tra CET A */
04 /2 01 0	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[48]

Weitere Informationen

- Making Sense of CETA – CETA lesen und verstehen. Analyse des EU-Kanada Freihandelsabkommens. Hrsg. v. PowerShift und CCPA u.a. Berlin, Ottawa. 2016 [Download als PDF](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter	Bluesky	Facebook	Instagram
----------------------------	-------------------------	--------------------------	---------------------------

Einzelnachweise

1. ↑ [Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada](#), Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
2. ↑ [Kanadische Ratifizierung gefährdet Macrons CETA-Versprechen](#) Euractiv.de vom 29.05.2017, abgerufen am 07.06.2017
3. ↑ [Kanadische Ratifizierung gefährdet Macrons CETA-Versprechen](#) Euractiv.de vom 29.05.2017, abgerufen am 07.06.2017
4. ↑ [Zivilgesellschaftlicher Dialog mit Handelskommissarin Malmström](#) EU-Streaming Service vom 29.05.2017, abgerufen am 07.06.2017

5. ↑ [Was das EuGH-Gutachten für CETA, TTIP und Co. bedeutet](#) Tagesspiegel.de vom 18. Mai 2017, abgerufen am 09.06.2017
6. ↑ [Kanada will durchsetzbare Arbeitnehmerrechte in CETA](#) Handelsblatt.com vom 12. Mai 2017, abgerufen am 09.06.2017
7. ↑ [EU-Gericht rehabilitiert die Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA](#) Heise.de vom 11. Mai 2017, abgerufen am 06.06.2017
8. ↑ [Europäisches Parlament stimmt CETA zu](#) BMWi-Pressemitteilung vom 15.02.2017, abgerufen am 01.06.2017
9. ↑ [Freihandelsabkommen CETA nimmt erste Hürde](#) Deutschlandfunk.com vom 24. Januar 2017, abgerufen am 09.06.2017
10. ↑ [EU-Parlament verhindert Prüfung von CETA durch EuGH](#) Euractiv.de vom 23. November 2016, abgerufen am 09.06.2017
11. ↑ [EU und Kanada unterzeichnen CETA](#) Tagesspiegel am 30.10.2016, abgerufen am 04.11.2016
12. ↑ [Keine Einigung in Belgien](#) Spiegel Online am 24.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
13. ↑ [Belgien vertagt CETA-Verhandlungen](#) tagesschau.de am 26.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
14. ↑ [Belgien hat unterzeichnet](#) Zeit Online am 28.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
15. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 19.10.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
16. ↑ [Verfassungsklage per Menschenkette](#) Zeit Online am 31.08.2016, abgerufen am 09.11.2016
17. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 13.10.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
18. ↑ [Ceta-Klägerin: "Das ist mindestens ein 70-Prozent-Sieg"](#) Sueddeutsche.de am 13.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
19. ↑ [Karlsruhe billigt CETA - mit Bedingungen](#) tagesschau.de am 13.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
20. ↑ [Abstimmungsverhalten: CETA weiterverfolgen](#) abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 09.11.2016
21. ↑ [SPD stimmt für Ceta-Abkommen](#) Zeit Online am 19.09.2016, abgerufen am 09.11.2016
22. ↑ [Gabriel will SPD um Zustimmung für Investorenschutz bitten](#) Zeit Online am 29.11.2014, abgerufen am 09.11.2016
23. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 05.07.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
24. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 29.02.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
25. ↑ [CETA: Aktueller Stand](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 10.11.2016
26. ↑ [Gauck wirbt für Handelsabkommen mit Kanada](#) Zeit Online, am 25.09.2014, abgerufen am 09.11.2016
27. ↑ [EU und Kanada verkünden Freihandelspakt](#) Zeit Online am 26.09.2014, abgerufen am 04.11.2016
28. ↑ [Das Verwirrspiel um CETA](#) Zeit Online am 22.09.2014, abgerufen am 04.11.2016
29. ↑ [<http://bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=655700.html>] Pressemitteilung BMWi am 22.09.2014] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 04.11.2016
30. ↑ [Auf dem Weg in die Paralleljustiz](#) Tagesschau.de am 14.08.2014, abgerufen am 09.11.2016
31. ↑ [<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-freihandelsabkommen-mit-kanada-bundestag-soll-ueber-ceta-abstimmen-a-984785.html>] Regierung will Bundestag abstimmen lassen] Spiegel Online am 06.08.2014, abgerufen am 09.11.2016
32. ↑ [Handelsabkommen zwischen EU und Kanada steht](#) heise online am 20.10.2013, abgerufen am 10.11.2016
33. ↑ [Auf Acta folgt Ceta](#) Spiegel Online am 11.07.2012, abgerufen am 10.11.2016

34. ↑ [Canada - European Union: Background and negotiations](#) Foreign Trade Information Systems, abgerufen am 10.11.2016
35. ↑ [Investitionsschutz: Situation nach dem Vertrag von Lissabon](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 10.11.2016
36. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) europa.eu, am 10.06.2009, abgerufen am 09.11.2016
37. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) europa.eu, am 10.06.2009, abgerufen am 09.11.2016
38. ↑ [\[trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/march/tradoc_142470.pdf Joint Report on the EU-Canada Scoping Exercise](#) am 05.03.2009], abgerufen am 10.11.2016
39. ↑ [\[trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/october/tradoc_141032.pdf Assessing the costs and benefits of a closer EU – Canada economic partnership\]](#) Europäische Kommission, Kanadische Regierung, abgerufen am 10.11.2016
40. ↑ [Beschluss des Rates über den Abschluss des CETA-Abkommens](#) Europäische Kommission am 05.07.2016, abgerufen am 10.11.2016
41. ↑ [Kommissarin Cecilia Malmström](#) Europäische Union, abgerufen am 02.06.2017
42. ↑ [LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht](#), abgerufen am 05.05.2015
43. ↑ [CETA negotiators](#), La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 01. Juni 2017
44. ↑ [Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW](#), gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
45. ↑ [Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations](#), zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
46. ↑ [CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade](#), von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
47. ↑ [\[1\]](#), Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
48. ↑ ^{48,048,1} [Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services](#), von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
49. ↑ [CETA and Services](#), von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
50. ↑ [Freihandel auf Kosten der Umwelt](#)Pressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
51. ↑ ^{51,051,1} [CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit](#), 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
52. ↑ [ABOUT CETA](#), Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14.03.2014
53. ↑ [CETA: Services and Information](#) Government of Canada, abgerufen am 16.11.2016
54. ↑ [CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations](#), The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
55. ↑ [Internetpräsenz der EU-Canada Partnership](#), abgerufen am 24. Juni 2014
56. ↑ [Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) seminar](#), dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
57. ↑ [Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU](#), Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. November 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
58. ↑ [It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations](#), Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014

59. ↑ [Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP](#), abgerufen am 24. Juni 2014
60. ↑ [Veranstaltungshinweis des Canadian International Council](#), abgerufen am 24. Juni 2014
61. ↑ [Internetpräsenz der EU-Canada Partnership](#), abgerufen am 24. Juni 2014
62. ↑ [Internetpräsenz der EU-Canada Partnership](#), abgerufen am 24. Juni 2014
63. ↑ [Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes](#), abgerufen am 24. Juni 2014
64. ↑ [Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?](#), Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
65. ↑ [Schattenjustiz: Im Namen des Geldes](#), Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
66. ↑ [Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt](#), von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
67. ↑ [Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada](#) Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
68. ↑ [Ceta bekommt einen Investitionsgerichtshof - ein Vorbild für TTIP?](#), Süddeutsche Zeitung, 1. März 2016, zuletzt aufgerufen am 24.3.2016
69. ↑ [Handelsabkommen Ceta überarbeitet: Schiedsgerichte light](#), die tageszeitung, 2. März 2016, zuletzt aufgerufen am 24.3.2016
70. ↑ ["Abertausende Akteure könnten mit CETA klagen"](#), Telepolis - Interview mit Pia Eberhardt, 2. März 2016, zuletzt aufgerufen am 24.3.2016
71. ↑ [Haftung durch die Hintertür - CETA ist gut für Investoren: Sie könnten bei Staatspleiten künftig die EU verklagen](#), correctiv.org, 2. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 4.7.2016
72. ↑ [A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) between the EU and Canada](#), vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
73. ↑ [The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions](#), von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
74. ↑ [Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership](#), gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
75. ↑ [Schriftliche Antwort auf eine Anfrage von Foodwatch](#), 9. September 2016, aufgerufen am 19. September 2016
76. ↑ [Rechtliche Probleme der aktuellen Kommissionsplanung zu Abschluss und vorläufiger Anwendung des CETA](#), 11. August 2016, aufgerufen am 24. August 2016
77. ↑ [CETA, TTIP und das europäische Vorsorgeprinzip- Eine Untersuchung zu den Regelungen zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen, technischen Handelshemmnissen und der regulatorischen Kooperation in dem CETA-Abkommen und nach den EU-Vorschlägen für TTIP.](#), April 2016, aufgerufen am 23. Juni 2016
78. ↑ [Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) zwischen Kanada und der Europäischen Union \(Deutsch, ausführlich\)](#), aufgerufen am 17. März 2015
79. ↑ [Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) zwischen Kanada und der Europäischen Union \(Deutsch, kurz\)](#), aufgerufen am 17. März 2015
80. ↑ [Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) between Canada and the European Union](#), aufgerufen am 17. März 2015
81. ↑ [Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen](#), aufgerufen am 19.11.2014
82. ↑ [Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada](#), aufgerufen am 31.10.2014

83. ↑ [Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement](#), herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
84. ↑ [\[2\]](#), von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
85. ↑ [CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?](#), von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
86. ↑ [The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement](#), von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
87. ↑ [Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy](#), von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

Businesseurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben ^[1], womit der Verband nach Angaben von [lobbyfacts.eu](#) den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den Businesseurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden. ^[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope
Rechtsf internationaler gemeinnütziger Verein
orm nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)
Tätigke Interessenvertretung der europäischen
itsberei Wirtschaft
ch
Gründu März 1958, 2007 umbenannt in
ngsdat BusinessEurope, the confederation of
um European business
Haupts Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel
tz
Lobbyb
üro
Lobbyb
üro EU
Webad businesseurope.eu
resse

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird. ^[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	41
2 Lobbystrategien und Einfluss	41
2.1 Lobbyisten	42
2.2 EU-Expertengruppen	42

2.3 Seitenwechsel	42
2.4 European Business Summit	42
2.5 BusinessEurope Day	43
3 Fallstudien und Kritik	44
3.1 2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	44
3.2 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	45
3.3 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	46
3.4 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	47
3.5 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	48
3.6 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	48
3.7 2009-2018: Better Regulation	49
4 Organisationsstruktur und Personal	50
4.1 Verbindungen	50
5 Finanzen	50
6 Geschichte	51
7 Weiterführende Informationen	51
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	51
9 Einzelnachweise	51

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers)^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs.^[10] Zu

den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten ^[11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos ^[12].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments^[13]

Fallstudien und Kritik

2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom [ERT](#), von Business Europe und [CEFIC, dem Verband der europäischen Chemieindustrie](#). Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a „Clean, Just and Competitive Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *„auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“*^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen.^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *„haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“* würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich *„Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten,‘ vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘“*.³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das **Regulatory Scrutiny Board (RSB)**, welches daraufhin zwei

Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und „Verwässerung“^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, „90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope“.^[18]

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission José Manuel Barroso große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch regulatorische Kooperation ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und ACEA^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017 waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die regulatorische Kooperation es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt.^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der von CEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem [European Services Forum](#)) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema [TTIP](#). In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil.^[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der [EU-Kommission](#) zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die [US-Handelskammer](#), die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt" (Übersetzung des Verfassers).^[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist.^[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der [US-Handelskammer](#) aus den Jahren 2012^[29] und 2014^[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016^[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen

Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die **Worst EU Lobbying Awards** nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO₂-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrilobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung inkraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen konnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die no registration, no meeting – Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen^[45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die no registration, no meeting Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen.^[46]

2009-2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“.^[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150.^[48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert.^[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte.^{[50][51]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium^[52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyrer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Position papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre](#) (EPC)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum](#) (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[58]

Weiterführende Informationen

- Businesseurope Eintrag auf lobbyfacts.eu

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [BusinessEurope auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
- ↑ [Business lobbies dominate secret channel to influence Council](#), corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
- ↑ [BusinessEurope](#), influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
- ↑ [Mission and Priorities](#), businesseurope.com, abgerufen am 02.09.2016
- ↑ [Commission Meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
- ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
- ↑ [So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern](#), sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
- ↑ [8,08,18,28,3 BUSINESSEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
- ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
- ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
- ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Coporate Eurobe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
- ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18
- ↑ [Speakers](#), businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
- ↑ [14,014,114,214,3 Fein Raus](#) corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
- ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Comittee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)
- ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
- ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
- ↑ [18,018,118,2 Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
- ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018

20. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), fooeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ [Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz](#), Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018
42. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [1], Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18

46. ↑ [Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business](#), Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ [History](#), businessseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ [Alliance for CSR](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012